

Danziger Zeitung.

№ 10 026.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerberggasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Beträge ober deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 3. Novbr. Die „Morningpost“ erfährt, daß die russische Regierung die nötigen Schritte zur Beschleunigung der Unterhandlungen für die Regelung aller schwebenden Fragen auf der Basis der englischen Vorschläge thut.

Petersburg, 3. Novbr. Ein gestern am späten Abend erschienenen Extrablatt des amtlichen „Regierungsanzeigers“ veröffentlicht ein Telegramm Ignatieff's, welches mittheilt, daß die Pforte sich bereit erklärte, auf den Abschluß eines zweimonatlichen, von vorgestern laufenden Waffenstillstandes einzugehen und daß die Befehlshaber der türkischen Truppen angewiesen worden seien, die Feindseligkeiten auf dem ganzen Kriegsschauplatz sofort einzustellen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 2. Nov. Das Arrangement zwischen der Dux-Bodenbacher Bahn und der Anglo-Bank ist, wie die „Presse“ meldet, dadurch bedingt, daß das Actiencapital der Dux-Bodenbacher Bahn auf $\frac{1}{2}$ reducirt wird und daß die Prioritäten gleichfalls reducirt (bis zu welcher Höhe? ist noch nicht bekannt) und in Goldtitel umgewandelt werden. Die Dux-Bodenbacher Bahn verlangt ferner von der Regierung Steuerbefreiung. Die Anglo-Bank übernimmt die neu zu emittirenden Prioritäten (allerersten Vorrangs) zu 83 Papier.

Reichstag.

3. Sitzung vom 2. November.

An Vorlagen sind eingegangen: ein Gesetzentwurf, betreffend die Untersuchung von Seemannsfällen; eine Denkschrift, betreffend die Ausgrabungen von Olympia, sowie eine Denkschrift, betreffend die Verlegung der militärischen Etablissements zu Dresden.

Zur Constatirung der Beschlußfähigkeit des Hauses erfolgte zunächst der Namensaufruf, welcher die Anwesenheit von 220 Mitgliedern ergab. Das Haus ist somit beschlußfähig und geht zur Wahl der Präsidenten und Schriftführer über. Bei der Wahl des ersten Präsidenten, während welcher Frhr. v. Stauffenberg den Vorsitz übernimmt, werden 218 Stimmen abgegeben. Davon erhalten v. Jordanbeck 216, Dr. Simon 1 Stimme. Ein Zettel ist unbeschrieben.

Präsident v. Jordanbeck: M. H.! Mit herzlichem Dank und mit dem Versprechen, alle meine Kräfte zu einer gerechten und prompten Leitung der Geschäfte aufzubieten, nehme ich die Wahl an.

Es folgt die Wahl des ersten Vicepräsidenten. Es werden 217 Stimmen abgegeben. Davon fallen auf Frhr. v. Stauffenberg 189, auf die Abgg. Greiff, Böhl und Lucius-Erfurt je 1 Stimme und 25 Stimmentzettel sind unbeschrieben. Abg. Frhr. v. Stauffenberg nimmt die Wahl dankend an.

Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten werden 212 Stimmen abgegeben. Davon erhalten Abg. Löwe 118, Abg. Hänel 89, die Abgg. v. Sanden-Tarpustschen, Graf Bethusy-Huc, Schulze-Delitzsch, Schmidt (Stettin) je 1 Stimme; 1 Zettel war unbeschrieben. — Abg. Dr. Löwe: Ich danke dem hohen Hause auf das Verbindlichste für die mir erwiesene Ehre und das mir entgegengetragene Vertrauen, bedauere aber, daß ich die Wahl nicht annehmen kann. (Zustimmung links.)

Der Präsident v. Jordanbeck schlägt vor eine neue Wahl des zweiten Vicepräsidenten sofort vorzunehmen. Dem widerspricht jedoch der Abg. Dr. Lucius (Erfurt), indem er mit Rücksicht auf die vorgedruckte Zeit — es ist bereits 5 Uhr geworden — die Vertagung der Sitzung beantragt. Der Antrag bleibt jedoch in der Minorität (für denselben stimmen nur die conservativen Fractionen) und es wird daher sofort zur neuen Wahl geschritten.

Es werden 207 Stimmen abgegeben. Davon fallen auf die Abgg. Haenel 111, auf Dr. v. Schwarze 38, Klotz 11, Graf Bethusy-Huc 4, Ebertz 2, v. Sanden-Tarpustschen 3, Dr. Löwe, Schmidt (Stettin), Wallisch, Mikalewicz je 1 Stimme; 31 Stimmentzettel sind unbeschrieben, 3 weitere Stimmentzettel ungültig, weil auf denselben die Namen v. Sanden und Reichensperger ohne nähere Bezeichnung und Herzog von Ujest, der gar nicht Mitglied des Hauses ist, standen. — Auf die Frage des Präsidenten, ob er die Wahl annehme,

Alexinatz.

Ueber die soeben von den Türken besetzte Stadt Alexinatz und deren Umgebung entwirft der bekannte Orient-Reisende F. Kanitz in seinem Werke über Serbien die nachfolgende Skizze:

Aus der Ferne gesehen, gewährt Alexinatz, ein junges, ausblühendes Städtchen, ein freundliches Bild. Beim Eintritt löst sich jedoch das grünen umrahmte Ganze in einander zum Verwechseln ähnliche, höchst einförmige Straßen auf. Es hat bloß ganz unbedeutende Bauten, und nur die Kirche, mit dem Malaklita und dem Hause des englischen Tatars, bilden eine Art Platz, der ein wenig an kleine europäische Städtchen erinnert.

Auf der Garschia von Alexinatz erblickt ich zum ersten Male das albanesische Costüm. Das albanesische Element ist seit Jahren von seinen Steilbergen herabgestiegen und hat sich in der fruchtbaren Ebene der vom serbischen Grenzberge Kopaonik herabkommenden Toplika eingenistet. Ein Keil zwischen Serbien und Bulgarien, verkehrt es nun mit beiden friedlich in dem auf der Scheide der drei Völker entsandenen Städtchen, während es außerhalb der Schranken des serbischen Reichs seinen christlichen Nachbarn feindlich gegenübersteht.

Das junge Alexinatz bildet, begünstigt durch seine Lage an der bulgarischen Grenze, einen wichtigen Knoten- und Durchzugspunkt an der großen, von Mittel-Europa nach Konstantinopel führenden Post- und Waarenstraße. Mit der Verbreitung erhöhter Cultur in diesen Ländern wird sich auch dessen Bedeutung steigern. Die Personenfrequenz ist gegenwärtig in seiner Quarantäne Serbiens

erklärt Abg. Dr. Haenel: Indem ich für das Vertrauen, welches in der auf mich gefallenen Wahl liegt, meinen besten Dank an spreche, lehne ich diese Wahl ab. (Beifall links.)

Mit Rücksicht auf die vorgedruckte Zeit schlägt der Präsident selbst die Vertagung der Sitzung vor. — Nächste Sitzung Freitag. (Wahl des zweiten Vicepräsidenten und der Schriftführer; erste Sitzung des Staats für 1. Quartal 1877 und des Auslieferungsvertrages mit Luxemburg.) — Die Constituirung der Abtheilungen soll nach dem Schluß der nächsten Sitzung erfolgen, um sobald als möglich die Wahl der Sachcommissionen vornehmen zu können.

Danzig, 3. November.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ sucht heute aus der in den ersten beiden Tagen eingetretenen Beschlußunfähigkeit des Reichstages Capital zu schlagen. Diefem Versuche gegenüber ist es wohl angebracht, folgendes Verzeichniß der Mitgliederzahlen zu geben, durch welche die einzelnen Fractionen beim Namensaufruf in der ersten Sitzung vertreten waren: Nationalliberale 101, Fortschrittspartei 18, Centrum 19, Freiconservative 17, Conservative 10, keiner Fraction Angehörige (darunter die Gruppe Löwe) 19.

Gestern war der Reichstag endlich beschlußfähig, und es konnte zur Präsidentenwahl geschritten werden. Die Wahl v. Jordanbeck's und v. Stauffenberg's ging ohne Schwierigkeiten von Statten, bei der Wahl des Letzteren wurden nur von Seiten des Centrums 25 weiße Zettel abgegeben. Zum zweiten Vicepräsidenten wurde zunächst Löwe gewählt, und als dieser ablehnte, ging Hänel aus der Wahl hervor. Aber auch dieser lehnte ab, und er konnte auch schwer anders, denn aus den Wahlvorgängen und aus denen der letzten Tage konnte er kaum das Vertrauen der Mehrheit präsumiren. Die Wahlhandlung mußte nun auf heute vertagt werden, weil man sich nicht für den Fall beider Ablehnungen verständigt hatte.

Die verbündeten Regierungen haben sich entschlossen, dem Reichstage ihren Standpunkt zu den Justizgesetzen resp. die Differenzpunkte, welche zwischen den Beschläüssen des Bundesraths und denjenigen der Reichstagscommission verblieben sind, sofort in einer generellen Erklärung darzulegen. Der Reichstag wird alsdann seine bisherige Commission durch Aclamation wieder ernennen, und es wird dieselbe sofort in eine neue Verathung der controverfen Fragen eintreten, so daß für die Plenardebatten möglichst nur die Punkte von politischer Bedeutung aufbewahrt bleiben. Die betreffende Erklärung des Bundesraths sollte bereits in der gestrigen Sitzung des Reichstags abgegeben werden; die Vertagung der letzteren vor vollzogener Constituirung des Hauses verhindert jedoch die Ausführung dieser Absicht. Jedenfalls wird durch die Entschliebung des Bundesraths die Arbeit der Verathung der Justizgesetze wesentlich gefördert. Das Hauptverdienst dieser Entschliebung gebührt dem preussischen Justizminister Dr. Leonhardt, der, im Gegensatz zu der bisher vielfach verbreiteten Ansicht, jetzt entschieden für das Zustandekommen der Gesetze eintritt.

In der gegenwärtigen kurzen Reichstagsession wird es vor Allem darauf ankommen, ökonomisch die Zeit auszunutzen. Es sollten vor diesen Reichstag keine anderen Aufgaben gebracht werden, als solche, die der dringenden Erledigung bedürftig sind oder einen rein geschäftlichen Charakter an sich tragen. Wird die Aufmerksamkeit des Reichstags auf Gegenstände abgelenkt, die ihrem Wesen nach einen lebhaften Streit hervorzurufen geeignet sind, so ist zu befürchten, daß wegen zu vieler Absichten nichts erreicht wird. Deswegen schon ist es erfreulich, daß zwei Vorlagen, welche früher in Aussicht gestellt zu sein schienen, die wegen der vermehrten Ausprägung von Silbergeld und die wegen der

Gesetzgebung über Elsaß-Lothringen, in der Thronrede nicht erwähnt wurden und bis jetzt für diese Session nicht in Aussicht gestellt sind. Beide Gegenstände sind vielfach bestritten und vertagungen eine Vertagung bis zur nächsten Session des Reichstags, welche doch nicht lange auf sich warten lassen wird. Dadurch wird der doppelte Vortheil erreicht, daß diese Gegenstände von dem neuen Reichstage mit der nötigen Objectivität werden erwogen werden können und daß die jetzige kurze Session entlastet und von allen vermeintlichen Differenzpunkten befreit wird. Die eine große Frage der Justizgesetze ist inhaltlich schwer genug, um alle freilebende Mäße und Aufmerksamkeit der Regierungen und des Reichstages für die gegenwärtige Session auszufüllen. Auch darf nicht übersehen werden, daß für die jetzige Session nur der Justizgesetze wegen die unumgängliche Nothwendigkeit geschaffen wurde.

Vom Unterrichtsgefes ist, wie uns gemeldet wird, im Cultusministerium soeben der Abschnitt von den Privatschulen zum Abschluß gebracht. Das Volksschulwesen ist bisher überhaupt noch nicht in Behandlung genommen. Man hofft indeß, im Ressort des Ministeriums selbst den Gesetzentwurf bis Neujahr beenden zu können.

Die Vorgänge bei der Präsidentenwahl des Reichstags sind unerklärlich, wenn man nicht die Art und Weise des Wahlkampfes kennt, wie er in einzelnen Landesparteien, namentlich in Schleswig-Holstein, bei den jüngst vollzogenen Landtagswahlen stattfand. Dort hätten Fortschritt und Nationalliberale Veranlassung genug gehabt, gemeinsam zu wirken, denn ihnen stand in den meisten Bezirken die augustinburgische „Landespartei“ gegenüber, welche noch heute gegen die Annexion an die preussische Monarchie protestirt. Anstatt dessen erklärte die Fortschrittspartei sich als die allein liberale Partei und wollte die Nationalliberalen nicht als Liberale anerkennen. Der Kieler Fortschritt wurde dabei von der Berliner Centralstelle der Partei unterstützt. In Süderdithmarschen hielten die Nationalliberalen an dem bisherigen Abgeordneten Lorenzen fest, der früher Mitglied der Fortschrittspartei war, sich bei dem Votum über das Militärgesetz von ihr trennte und infolge dessen auch aus der Partei austrat. Dieses war ihm von der Berliner Centralstelle sehr übel genommen, von ihr aus wurde Lorenzen bekämpft; die „Landespartei“, welche Lorenzen einen Herrn Brütt als Gegen-Candidat gegenüber gestellt, und die von ihr anfänglich begünstigte fortschrittliche Candidatur fallen gelassen hatte, bemächtigte sich der ihr von Berlin aus gegen Lorenzen gelieferten Waffen und einen Augenblick schien es, als ob dadurch der Landespartei der Sieg zufallen würde. Indes gelang es den energischen Bemühungen der Freunde Lorenzens, die Wirkungen der Berliner Machinationen zu vernichten; die Urwahlen ergaben ein Resultat, welches eine, wenn auch geringe Majorität für Lorenzen hoffen ließ. Da ergeht plötzlich am 26. October, also am Abend vor der Wahl an eine Anzahl Wähler verschiedener Parteistellung folgendes Telegramm aus Berlin: N. N. in N. „Wenn Brütt (Landespartei) erklärt, Fortschrittspartei beizutreten, raten wir unseren Parteigenossen, ihn statt Lorenzen zu wählen. Centralwahlcomité der deutschen Fortschrittspartei. Parisius.“ Wir entnehmen diese Mittheilungen einem aus Süderdithmarschen an die „N. Z. G.“ gerichteten Briefe, der mit folgenden Worten schließt: „Also einen Mann, welcher auf das die Aufhebung der Annexion gerichtete Programm der Landespartei verpflichtet ist und gewählt werden soll, unterstützen die Berliner Herren gegen einen Nationalliberalen. Wie stimmt dazu die Bemerkung der „Kieler Zeitung“ daß die

Fortschrittspartei keinen einzigen nationalliberalen Candidaten in seinem bisherigen Wahlkreise bekämpft habe, und welches Licht wirft dieser Vorgang auf eine Partei, welche es nicht verschmäht, solche gegen den Bestand der Monarchie feindliche Elemente bei sich aufzunehmen? Mit Genugthuung constatiren wir, daß auch nicht ein einziger Wahlmann sich hat fangen lassen, und daß die Entrüstung über das bezeichnete Treiben eine allgemeine ist.“ Wir haben die unerquicklichen Wahlvorschlüge in Schleswig-Holstein bisher absichtlich wenig beachtet, und den dortigen Zwist zwischen den Liberalen nicht weiter zu tragen; jetzt mußten wir jedoch Notiz davon nehmen, um die eingetretene Spannung zu erklären. Am erwünschtesten wäre uns eine Berichtigung der oben gemeldeten Thatfachen.

Nach obigem Petersburger Telegramm ist der drohende Krieg noch einmal abgewendet worden. Es kommt ein Waffenstillstand zu Stande, der bis Neujahr läuft. Die türkischen Truppenbefehlshaber sind angewiesen, die Feindseligkeiten sofort auf dem Kriegsschauplatz einzustellen. Die Erfüllung dieser Forderung wird nicht leicht sein; denn bei einer nicht an straffe militärische Disciplin gewöhnten Truppe ist es leichter, sie in den Kampf auf Leben und Tod zu hegen, als sie im Siegeslaufe plötzlich aufzuhalten und den entfesselten Leidenschaften Zügel anzulegen. Von Wien wird bereits gemeldet, Abdul Kerim Pascha wolle, wie früher Tschernajeff, nichts von einem Waffenstillstand wissen. Abdul Kerim soll nach Konstantinopel gemeldet haben, er müsse erst Alexinatz Deligrad und Kruschaew einnehmen; wenn die Pforte früher einen Waffenstillstand abschließen werde er mit sammt allen Generalen die Armeelassen. Diese Nachricht ist allerdings noch nicht verbürgt, sie ist vielleicht nur aus der Kenntniß des türkischen Charakters combinirt; aber es leidet eben darum nicht die Befürchtung an innerer Unwahrscheinlichkeit, daß innere Schwierigkeiten die Pforte verhindern könnten, die infolge des Ultimatus übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Inzwischen ist nicht nur Alexinatz, sondern vorgestern auch Deligrad in die Hände der Türken gefallen, diese sind jetzt in dem Besitz sämtlicher formidablen Positionen, welche das fruchtbare Morawathal, den Haupttheil Serbiens, von Süden her gegen Angriffe decken sollten, der Weg nach Belgrad steht ihnen offen.

Mit dem Zustandekommen des Waffenstillstandes wäre die Kriegsgefahr nur für die nächsten Monate gehoben. Die von uns ausgesprochene Ansicht, daß Rußland sich bemühen werde, den beschwerlichen Winterfeldzug zu vermeiden, daß es aber wahrscheinlich zum Frühjahr loszuschlagen werde, finden wir heute mehrfach getheilt. So schreibt der „K. Z.“ aus Berlin eine Feder, die nur selten berichtet, dann aber über die Vorgänge, die Stimmungen und Meinungen in Hof- und diplomatischen Kreisen gut unterrichtet ist: „In Kreisen, die mit den russischen officiellen Fühlungen haben, betrachtet man die Gefahr eines russisch-türkischen Krieges abgethan. Das heißt für den bevorstehenden Winter. Der Wille des Kaisers Alexander war diesmal noch mächtig genug, um den von allen Seiten anstürmenden Verlangen und Einflüssen zu gebieten. Wird es ihm einige Monate später noch eben so gelingen? Daran zweifelt Jedermann aus der Umgebung des Kaisers, vielleicht er selbst. Thatfache ist es, daß mehr als je eine tiefe Melancholie ihre düsteren Schatten um sein Haupt zieht. Noch sieht und fühlt er sich als Gebieter, aber auch sieht er dem undankbaren Gedächtniß der Jetztzeit schon das entschwinden, was er als Regent, als Regenerator für Rußland gethan; er sieht neue Ideen, neue Parteien, neue Strömungen mächtig werden, und der Schmerz über den Unbath umbüßert

Quarantainen im Jahre 1836 zusammen. Im Südosten Europas war und ist es insbesondere die orientalische Pest, die Cholera und die Viehseuche, welche die Einrichtung und Erhaltung geordneter Quarantaine-Anstalten verlangte. Das System derselben in Serbien wurde genau dem österreichischen nachgebildet. Oesterreichische Aerzte und Consumat-Beamtete richteten dasselbe ein und wurden von dessen Handhabung angefaßt. Es theilt also mit diesem Vorbilde alle seine Vorzüge und Schwächen.

Paris, 31. October. [Zu dem Wagner-Skandal] Pasdeloup hat folgenden Brief an den „Figaro“ gerichtet! „Herr Redacteur! Gestatten Sie mir, dem Publikum einige notwendige Erklärungen über mein Auftreten nach dem Vortrag des neuen Marsches von Wagner zu geben. Heute ist über Herrn Wagner als Menschen das Urtheil gefällt, aber über den großen Musiker hat man bei uns noch nicht abgeurtheilt. Ich glaube, daß Frankreich nicht außerhalb der musikalischen Bewegung bleiben darf, die sich außerhalb unserer Grenzen kundgiebt; es ist die Pflicht der volksthümlichen Concerte, die immer vorangeschritten sind Paris die Werke vorzuführen, die man nicht bewundern kann, welche man aber nicht kennen muß und auf die ein großer Theil meines Publikums gespannt ist. Es scheint mir, daß mein Auftreten während unserer Unglücksfälle, wo ich meine Frau und Mutter in der Hoffnung verließ, meinem Lande dienen zu können, mich davor schützt, auf die Anklage des Mangels an Patriotismus antworten zu müssen. Ich habe weder das Recht,

den Einen Wagner aufzuwachen, noch das, die Anderen denselben zu berauben. Ich kann nur Jedermann bitten, weniger Leidenschaft bei einer künstlerischen Frage kundzugeben und die Musik von Wagner unter den Schutz des Schutzens der großen classischen Componisten zu stellen, in deren Cultus wir Alle durch das gleiche Gefühl der Bewunderung vereinigt sind. Genehmigen Sie zc. Pasdeloup.“ — So das Schreiben des Directors der „Concerts populaires“, der bekanntlich ein Schilling Meyerbeer's war, die Direction des Schillerfestes (Paris 1869) übernommen hatte und seit er in Frankreich wohnte seinen deutschen Namen ins Französische übersezt hat. Pasdeloup, der, wie er auch selbst in seinem Schreiben sagt, sich während des Krieges und nach demselben so benahm, als wenn er ein geborener Franzose wäre (er entließ sogar alle deutschen Künstler aus seinem Orchester), verdient jedenfalls nicht die Vorwürfe, die ihm Franzosen machen. Die Wagner'schen Stücke gab er natürlich nur, weil er wußte, daß dieselben ziehen mußten. Wie es heißt, will er aber mit der Aufführung der Wagner'schen Stücke fortfahren. Die Stimmung in Paris ist in Folge der Sonntagszwischensälle sehr gereizt und diejenigen Blätter, namentlich die bonapartistischen, welche sich bei jeder Gelegenheit als die Deutschfeinde zeigen, verlangen schon heute, daß man die „Concerts populaires“ schlicke, da man sie nicht dulden dürfe, wo öffentliche Verunreinigungen unterjagt seien.

sein Gemüth, er fühlt die Kraft erlahmen, um diesem Neuen sein gebieterisches Halt entgegenzurufen. Diese Bemerkungen mögen genug sagen. Aus vertrauten Kreisen in Livadia kommen schon nicht mehr ganz vereinzelt die Andeutungen, daß die politische Welt sich wohl auf eine Abänderung des Kaisers gefaßt machen könne. Die Motive hierzu möchten längerer Datums sein, als das Ereigniß vielleicht ferne. In russischen militärischen Kreisen ist es ausgemacht, daß die Colonnen des Czaren sich im Frühjahr gegen die Moslems in Bewegung setzen werden, so wie es dort als ausgemacht gilt, daß Deutschland die russische Westgrenze decken wird.

Nach Berichten aus Konstantinopel waltet auch dort in diplomatischen Kreisen die Ansicht, daß ein Winterfeldzug nicht bevorstehe, ein Frühlingfeldzug aber nicht unwahrscheinlich sei.

Deutschland.

△ Berlin, 2. Novbr. Der Bundesrath hielt heute Nachmittag eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Reichszanzleramts-Präsidenten Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der letzten Sitzung wurde die Vorlage, betreffend die Ergebnisse der veranfalteten Enquete über die Verhältnisse der Gewerbe und Fabrikarbeiter, worüber an dieser Stelle unterm 29. v. M. näheres berichtet worden, dem Ausschusse für Handel und Verkehr überwiesen. Es folgte dann Beschlusfassung über den Reichstags-Antrag aus der letzten Session, betr. die Abänderung des Art. 32 der Verfassung (Diäten-Gewährung an die Reichstagsmitglieder). Der Bundesrath hat dem Antrage gegenüber seine frühere ablehnende Stellung aufrecht erhalten. Ein Antrag der Ausschüsse für Handel und für Rechnungswesen über die Außercurssetzung der 2-Haler- und Eindrittelhalerstücke deutschen Gepräges wurde angenommen und dabei die Erklärung ausgesprochen, daß die Einlösungsklassen angewiesen werden, auch die zur Umwechslung präsentirten österreichischen Doppelthaler anzunehmen und besonders abzuliefern. — Die Bekanntmachung wegen Außercurssetzung der 2-Haler- u. c. Stücke lautet: „§ 1 Die Zweithaler- (3/4 Gulden) Stücke und die Eindrittelhalerstücke deutschen Gepräges gelten vom 15. November 1876 ab nicht ferner als gesetzliche Zahlungsmittel. Es ist daher vom 15. November 1876 ab, außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen, Niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen. § 2. Die in Umlauf befindlichen Zweithaler- (3/4 Gulden-) und Eindrittelhaler-Stücke deutschen Gepräges werden in der Zeit vom 15. November 1876 bis 15. Februar 1877 von den durch die Landes-Centralbehörden zu bezeichnenden Landes-kassen nach dem Artikel 15 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 festgesetzten Werthverhältnisse für Rechnung des deutschen Reichs sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichs- oder Landesmünzen umgewechselt. Nach dem 15. Februar 1877 werden die Zweithaler- und Eindrittelhaler-Stücke deutschen Gepräges auch von diesen Kassen weder in Zahlung noch zur Umwechslung angenommen. § 3. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchsicherte und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewicht verringerte, desgleichen auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.“

— Nach einer Mittheilung der „Weser-Ztg.“ hätte der Kaiser das Demissionsgesuch des Ober-Präsidenten von Schlesien, Grafen Arnim-Boitzenburg, abschlägig beschieden.

— In der nächsten Session der preussischen Kammern wird auch der Gesetzentwurf über die Anlage und Unterhaltung von Begräbnis-plätzen zur endlichen Vorlage kommen. Dem Vernehmen der „Voss. Ztg.“ nach will dieselbe die Errichtung der Friedhöfe durch die bürgerlichen Gemeindebehörden so ordnen, daß neben diesen auch die von den einzelnen Religionsgesellschaften zu unterhaltenden und zu beaufsichtigenden Begräbnisplätze beibehalten werden, so daß damit den bürgerlichen Gemeinden nur eine neue Last auferlegt würde, ohne die Frage grundsätzlich in dem Sinne zu lösen, daß, nachdem die gesammte Beurkundung des Personenstandes zu rein bürgerlichen Handlungen gemacht worden, auch das Begräbniswesen lediglich von bürgerlichen Behörden geleitet und beaufsichtigt werden kann. Das, was der Gesetzentwurf jetzt bieten würde, findet sich eigentlich schon im Allgemeinen Landrechte vor, das bekanntlich nur die geistlichen Behörden in erster Reihe für die Errichtung und Beaufsichtigung der Begräbnisplätze für zuständig erklärt, aber ausdrücklich die Anlegung von Beerdigungsplätzen durch die Gemeinden anerkennt. In späteren Zeiten sind allerdings Einschränkungen durch ministerielle Anordnungen erfolgt. So bestimmt ein Ministerial-Rescript vom 30. Novbr. 1832, daß neue Begräbnisplätze in der Regel von den Kirchen-Gemeinden anzulegen sind; ja nach dem Rescripte vom 26. Juli 1864 ist bei Anlegung neuer Begräbnisplätze auf die Errichtung „von Consecrations-Begräbnisplätzen Rücksicht zu nehmen“ und „falls die Anlegung eines Communal-Kirchhofes nicht zu vermeiden“, in geeigneter Weise dafür zu sorgen, daß über eine, die religiösen Interessen der beteiligten Consecration stehende Begräbnisordnung bei Zeiten und jedenfalls vor Ertheilung der erforderlichen Staatsgenehmigung eine entsprechende Verständigung resp. Festsetzung herbeizuführen sei. Das Gesetz vom 20. Juni v. J. über die Verwaltung des Vermögens katholischer Kirchengemeinden fordert noch im § 50. die Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde für die Anlegung oder veränderte Benutzung von Begräbnisplätzen und der Art. 1 No. 1 der dazu gehörigen Verordnung vom 27. September v. J. ertheilt dem Minister der geistlichen Angelegenheiten jenes Genehmigungsrecht. So standen die Dinge, als die Resolution des jetzt aufgelösten Hauses der Abgeordneten die Regelung des Begräbniswesens beantragte. Auf Grund dieser Resolution sind Gutachten von den Oberpräsidenten, Regierungen u. c. eingefordert und nach deren Eingänge die Arbeiten zur Aufstellung des Gesetzentwurfs in Gang gesetzt worden.

— Der Consul des Deutschen Reichs in Santiago, Herr Mac Lean, ist am 10. Septbr. nach längerer Krankheit gestorben.

— Die durch den herrschenden Affections-mangel gültiger gestaltete Aussicht für die juristische Carrière hat augenblicklich den Andrang zum Studium der Rechtswissenschaften vermehrt.

So hat die Zahl der bei der juristischen Facultät an hiesiger Universität immatriculirten Studenten sich gegen das vorige Semester wiederum erheblich gesteigert, und ein Gleiches wird auch von den übrigen preussischen Universitäten berichtet.

— Die auf der Konferenz von Vorständen preussischer Städtetage bereits im October v. J. zu Brandenburg beschlossene Aufstellung einer Wohlhabendheitsstatistik der Städte zum Zwecke der Feststellung der Leistungsfähigkeit derselben wird jetzt zur Ausführung gelangen. Die damit beauftragte Redaction der „Deutschen Gemeinde-Zeitung“ hat, wie dieselbe mittheilt, mit Zuziehung bewährter Kräfte eine statistische Tabelle entworfen, welche jeder Stadt zur Ausfüllung zugehen wird.

— Wie die „Börsenztg.“ vernimmt, soll seit dem Eintritte des früheren Schulraths Gander in das Ministerium des Unterrichts an maßgebender Stelle eine den Realschulen günstigere Stimmung eingetreten sein, und würde die Regierung der Gleichstellung derselben mit den Gymnasien kein Hinderniß in den Weg legen, wenn das Abgeordnetenhaus sich dafür aussprechen würde.

— Im Anschluß an die bereits bestehende telegraphische Cabelleitung Berlin-Halle sollen im folgenden Jahre Seitens der Reichstelegraphen-Verwaltung gebaut werden: Halle-Leipzig und Halle-Cassel-Frankfurt a. M. Außerdem wird gleichzeitig der Bau einer unterirdischen Telegraphenleitung von Berlin-Hamburg-Kiel beabsichtigt.

* Wie dem „B.-C.“ mitgetheilt wird, ist der Westend-Gesellschaft Quistorp neuerdings von einem englischen Consortium eine ziemlich beträchtliche Summe — es handelt sich um ca. 4 Mill. Mk. — auf den gesammten Besitz der Westend-Gesellschaft incl. des Wasserwerkes zur Verfügung gestellt worden. Es ist hier allerdings die Bedingung geknüpft worden, daß Herr Quistorp persönlich aus der Gesellschaft ausscheide und eine durchaus neue Leitung bestellt würde.

Schweiz.

Bern, 30. Oct. Bekanntlich befindet sich das Gotthardbahnunternehmen — schreibt man der „N. Z.“ — in einer üblen Lage, indem seine finanziellen Verhältnisse weber geordnet noch gesichert sind. Gleichwohl hat die Direction der Gesellschaft die Bauloose für die Zufahrtslinien zur Concurrenz ausgeschrieben. Bezügliche Offerten sind auf Ende d. J. einzureichen. Das aus-geschriebene Netz umfaßt 185 Kilom., wovon 157,5 Kilom. offene Strecke und 27,5 Tunnel. Die Gesamtsumme für die ausgeschriebenene Arbeit beträgt rund 82 Millionen, wozu noch 6 Millionen für Arbeitsgattungen, die Gegenstand einer besonderen Vergütung sind, und ca. 7 Millionen für Unvorhergesehenes kommen. Durch die Gesellschaft und den Tunnelunternehmer war bekanntlich vereinbart worden, daß die Zufahrtslinien bis zum 1. October 1880 vollendet sein sollen. Um diesen Termin einzuhalten, hätten aber die Arbeiten schon im vorigen Jahre beginnen sollen. Da dies nicht geschehen, so darf man es wohl als äußerst unwahrscheinlich betrachten, daß die Eröffnung am 1. October 1880 erfolgen könne, und es wird schon jetzt der 1. Juli 1881 in Aussicht genommen. Uebrigens wird ja auch der Tunnel auf erstgenannten Termin kaum fertig werden und dann sprechen auch praktische Gründe für die Eröffnung während der Sommersaison. — Ueber den Zusammentritt der internationalen Konferenz verlautet immer noch nichts Bestimmtes. Immerhin wird in offiziellen Kreisen der Meinung Ausdruck gegeben, es werde der Zusammentritt noch in diesem Jahre stattfinden.

Italien.

Rom, 29. October. Der bisherige französische Botschafter am Vatican, Graf Corcelles, soll seinen Abschied nicht erbeten, sondern erhalten haben. Der vaticanische Chronist der „Gazzetta d'Italia“ behauptet, sein am f. italienischen Hofe beglaubigter College, Marquis de Noailles, und dessen Gemahlin hätten seine Abberufung bewirkt, die den heiligen Vater außerordentlich betrübt habe, denn der Graf sei sein treuester Freund gewesen, er habe ihn von Gaeta nach Rom zurückgeleitet und habe vor und nach der Schlacht von Castelfidardo den größten Eifer entwickelt, dem Papst die temporale Gewalt zu erhalten. Die Gegner des Grafen Corcelles werfen ihm vor, er sei noch päpstlicher Gesinnung als der Papst, er scheine eher der Repräsentant einer reactionären Macht, als ein Repräsentant des heutigen Frankreichs gewesen zu sein, denn er habe öfters den Mitgliedern des Vereins für die katholischen Interessenten seine Säle zur Disposition gestellt, er habe deren Interessen in seinen diplomatischen Berichten verteidigt und dergleichen mehr. Das Hotel des Grafen Corcelles sei überhaupt der Versammlungsort aller reactionären Gesinnungen in Rom gewesen. Dies werde sich nun mit der Hierherkunft des Herrn Baude ändern, der viel jünger und energischer als Graf Corcelles, aber auch ein treuer Anhänger der Bonaparte sei und vielleicht nun auch Instruktionen aus Florenz erhalten werde. Er sei schon unter Napoleon III. erster Gefandtschafts-Secretär in Rom gewesen, habe intime Beziehungen mit dem römischen Adel. — Die Cultus-Congregation beschäftigt sich zur Zeit mit Prüfung der die Heiligprechung Christoph Columbus' bedingenden Documente. — Trotz dem seitens des „Observatore“ an die Gläubigen ergangenen Verbote, an den Wahlagitationen Theil zu nehmen, versammeln sich dennoch jetzt heimlich des Nachts bei einem einflussreichen ultramontan gesinneten Herrn viele zum Wählen berechnete clericale Bürger, unter denen einige öffentlich die Liberalen spielen, wie das „Diritto“ meldet, um darzutun, daß die Clericalen keineswegs von der Urne wegleichen, wahrscheinlich also die Liberalen zu überumpeln versuchen werden.

England.

London, 1. November. Der Ministerrath ist heute auf nächsten Sonnabend einberufen worden.

Rußland.

Moskau, 1. November. Proceß Strousberg. In der heutigen Verhandlung begann das Plaidoyer der Verteidiger der Angeklagten. Der erste Verteidiger des Angeklagten Poljanski suchte nachzuweisen, daß dieser durch Landau verführt worden sei. Der zweite Verteidiger Poljanski's behauptete, daß die Aussagen, deren sein Client

beschuldigt sei, vielleicht unmoralisch, aber nicht ungesetzlich gewesen seien. Der Verteidiger Landau's führte aus, daß dieser seine Amtspflicht nicht verlegt habe.

Amerika.

Washington, 1. November. Die Staats-schuld der Vereinigten Staaten hat sich im Monat October um 3 388 000 Dollars vermindert. Im Staats-schatz befanden sich Ende October 75 967 000 Doll. in Gold und 12 901 000 Doll. Papiergeld.

Danzig, 3. November.

* In Folge der in der Sitzung der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung vom 26. September erhobenen Beschwerden hat der Magistrat nun angeordnet, daß die den Verkehr auf der Wasserstraße sehr beeinträchtigende nächtliche Abschließung des Wasserbaumes an der Strom-gelb-Hebestelle bei Strohbeich nicht mehr stattfinden, daß dagegen die Hebestelle durch Aufstellung einer Laterne an jener Stelle besonders kenntlich gemacht werde.

* Ein recht unangenehmes Verkehrshinderniß, der vor dem Grundstück No. 2 in der Kohlengasse allein noch stehende, zweistöckige Vorbau dürfte in nächster Zeit ebenfalls beseitigt werden. Die Polizeibehörde hat bereits den executivischen Abbruch dieses Vorbaues verfügt. Da der Besitzer jedoch nicht in der Lage ist, die durch executivischen Abbruch entstehenden Kosten zu tragen, so ist auf seine Bitte der Magistrat ins Mittel getreten und hat, um den wirtschaftlichen Ruin des Mannes zu verhindern, den Beschluß gefaßt, demselben eine städtische Beihilfe von 3000 Mk. zu erwirken, wodurch derselbe in den Stand gesetzt würde, den Abbruch für eigenen Rechnung zu bewirken. Da der betreffende Besitz durch den Abbruch des Vorbaues zu einem Umbau auch des Hauptgebäudes genöthigt wird, erscheint diese Entschädigung aus städtischen Mitteln durchaus billig.

* Die früher schon als bevorstehend von uns gemeldete Einziehung der Zweithaler- und der Guldenstücke ist — wie unser Berliner Correspondent uns heute berichtet — in der letzten Sitzung des Bundesrathes beschloffen worden. Beide Münzsorten gelten vom 15. November ab nicht mehr als gesetzliche Zahlungsmittel und werden von da ab bis zum 15. Februar 1877 von den den damit betrauten Kassen eingelöst, bezw. gegen Reichsgeld umgewechselt.

* Den Seconden-Lieutenant Rising, vom Grenadier-Regiment Nr. 4, Baleske L., vom Grenadier-Regiment Nr. 5, und v. Liebenmann, vom Danziger Landwehr-Bataillon, ist der Abschied, letzterem als Premier-Lieutenant mit der Landwehr-Armee-Uniform bewilligt worden.

* Seitens der Staatsregierung werden gegenwärtig Erhebungen nach den Veteranen der Jahre 1813 bis 1815 angestellt, um denselben aus Staatsmitteln, resp. aus dem Reichs-Zuvaldenfonds eine laufende Unterstützung oder, sofern sie eine solche bereits erhalten eine Erhöhung derselben zukommen zu lassen.

* Mit Einführung der Simultan-schulen in unserer Stadt sind auch die bisherigen confessionellen Lebensbücher beseitigt worden und werden an deren Stelle der erste und zweite Theil des Dietlein'schen Lebensbuches allgemein für diese Schulen eingeführt. Da hierdurch vielen ärmeren Eltern eine für ihre Verhältnisse sehr bedeutende Ausgabe erwächst, welche sie zu leisten häufig außer Stande sind, so hat der Magistrat beschloffen, 530 Exemplare dieses Lebensbuches zum Gebrauche für die hiesigen Simultan-schulen anzuschaffen und dieselben den Kindern solcher armer Eltern während ihres Schulbesuches leihweise zu überlassen. Der Magistrat wird zu diesem Zwecke die Stadtverordneten-Versammlung um die Bewilligung einer Summe von 600 A. ersuchen.

* Während des Monats October hat sich der Bestand der im hiesigen städtischen Leihamt versetzten Pfänder zwar von 22 065 Stk. im Vormonat auf 21 980 vermindert, die auf dieselben entliehene Pfandsomme ist jedoch von 227 752 A. auf 229 236 A. gestiegen.

* Der Herausgeber eines seit Kurzem hier erscheinenden Jg. Wochenschriftes hatte sich von dem für sein Blatt engagirten Expeditionspersonale Cantonien hinterlegen lassen. Eine solche Cautio von 150 A. hatte auch der als Expedient von ihm engagirte Hausdiener M. gestellt. Als derselbe dieser Tage den Dienst verließ, konnte er jedoch von seiner Cautio nur 33 A. zurückhalten und hat er deshalb, wie der nachstehende amtliche „Polizeibericht“ meldet, gegen seinen Chef den Antrag auf Befristung wegen Unterschlagung des Restes von 117 A. gestellt.

* [Polizeibericht.] Gestohlen: Dem Schuh-machersgehilfen B. ein weißer Ledersack; der Wittve W. durch die unverschämte B. ein roth- und weißcarirter Bettbezug; der unverschämten T. der obere Theil einer Nähmaschine, welchen sie einem unbekannten Jungen mit dem Auftrage übergeben hatte, denselben nach dem A. bahnhohe zu tragen.

Der Redacteur Rr. hat dem Hausdiener M. 117 A. Cautio unterschlagen; der Väterlehrling Sh. seinem Meister B. einen Kufe.

Der Arbeiter T. hat die Befristung des Arbeiters B. und der Arbeiter S. die des Arbeiters H. wegen Körperverletzung beantragt.

Durch Explosion einer Ligno-Lampe entstand am 1. d., Abends halb 7 Uhr, im Vorderhause Hundegasse Nr. 90 Feuer, welches den Fußboden und andere Theile des Hausflurs der ersten Etage ergriff, von der herbeigerufenen Feuerwehr aber in kurzer Zeit ausgegossen wurde.

Verloren: eine silberne Damen-Cylinder-Uhr mit guilloirtem Rande und schwarzer Kettenkette. (Geh.-Nr. 78 955, Reparatur-Nr. 2228). Gefunden: ein blauer Beutel mit 25 A.

* Aus dem Kreise Stuhm, 2. Nov. Ein der Tollwuth in hohem Grade verdächtigter Hund des Besitzers Großmann zu Pöhlitz mußte dieser Tage getödtet werden, nachdem er in Pöhlitz, in Kammerau und Lichtfelde Pferde, Hunde und andere Thiere gebissen, auch in Baumgarten und Brödsende gewesen sein soll. Der Kreisphysikus Hachbar h. aus Christburg hat nunmehr die Section des Hundes vorgenommen und die Tollwuth desselben als in hohem Grade wahrscheinlich erklärt. Die größte Sorgsamkeit kann daher nicht dringend genug empfohlen werden. Die Festlegung der Hunde in den gefährdeten Umgebungen muß nach neuester Bestimmung mindestens drei Monate stattfinden. — Die pro 1876 gebrauchten Formulare zu den Klassensteuer-Veranlagungen, Rollen beziehungsweise zu den diesen zu Grunde zu legenden Einkommens-Nachweisungen sollen auch für das Veranlagungs-Jahr vom 1. April 1877 bis Ende März 1878 zur Anwendung gebracht werden. Eine Aenderung in diesen Formularen ist also diesmal nicht angeordnet. — Der Kassirer des Stuhmer Vorshupvereins, Apotheker Schulz, hat sein Amt niedergelegt, weil er nach dem Verlaufe seiner Apotheke seinen Wohnsitz nach Berlin zu verlegen beabsichtigt. Die Führung der Geschäfte hat nunmehr Hr. Bürgermeister Schneider übernommen.

* Königsberg, 2. November. In der letzten Sitzung der hiesigen Stadtverordneten-Versam-

lung wurde der an Dr. Grafs Stelle zum unbesoldeten Stadtrath erwählte Kaufmann Benno Michell durch den Oberbürgermeister Selke in sein Amt eingeführt. — Prof. Dr. Zander, der Begründer der hiesigen musikalischen Akademie, hat nunmehr sein während 33 Jahren mit unbegrenzter Autocratie geführtes Amt als Ober-vorher der hiesigen niedergelegt. — Durch das hiesige Landrathsamt ergiebt folgende Bekanntmachung: „Bezugs-Defund des Bedarfs an Officieren ist dem hiesigen Bezirkscommando die Aufgabe gestellt, diejenigen verabschiedeten Officiere zu ermitteln, welche sich zur Verwendung für den Fall einer Mobilmachung bereit erklären und hierzu qualificirt erscheinen. Auf Ansuchen des Herrn Bezirkscommandeurs ersuche ich im diesseitigen Kreise wohnhafte verabschiedete Officiere, welche bereit sind, sich für den Fall einer Mobilmachung verwenden zu lassen, mir dieses bis zum 10. November mitzutheilen.“ Es scheint hiernach, als ob auch die preussische Regierung ernste Bedenken über die Mobilmachung der hiesigen Officiere, welche die Vorbereitung der hiesigen Officiere getroffen habe. Die Thronrede sowohl als auch die neueren Nachrichten aus dem Orient dürften aber jede Beforgniß, die sich hieran knüpfen könnte, zerstreut haben.

— Die neuen Ob- und Abwasserleitungen der Bonarthe sind jetzt bezogen und in Betrieb gesetzt worden. Für die Hin- und Rückbeförderung der in der Stadt wohnhaften Arbeiter zu und von denselben werden Morgens und Abends besondere Extrazüge eingelegt werden. — Auf dem Gute Gärten bei Trömpen, 2 Meilen von Königsberg entfernt, hat man kürzlich ein unermeßlich reiches Mergellager gefunden, welches sich nach der vorgenannten Untersuchung und Analyse des Materials ganz vorzüglich zur Anlage einer Cementfabrik eignet.

* Ebbau, 1. November. Der frühere Vater Augustin aus dem Kloster Lont hatte sich nach Aufhebung des Klosters längere Zeit bei dem Ortsgeistlichen in Startin aufgehalten und daselbst geistliche Amtshandlungen verrichtet, welche ihm wegen Uebertretung der Maaßregeln einen Criminalproceß zuzogen. Da Vater Augustin es vorgezogen hat, denselben aus dem Wege zu gehen, ohne sich bei irgend einer weltlichen Behörde zu verabschieden, so widmet ihm jetzt der Löbener Staatsanwalt einen Nachruf in der Gestalt eines Stedbriefes.

* Ehen, 1. Nov. In vergangener Nacht hatte ein Einbrecher es auf die hiesige Gerichtskasse abgesehen. Derselbe war schon in das Kassenlokal eingedrungen, als in Folge des vernünftigen Geräusches der Botenmeister des Gerichts erwachte und den umgebenen nächsten Gatt abfiel.

* Stallunken, 1. Nov. Der Wahlkreis Stallun-pönen-Darfehen-Goldap wird im Reichstage bekanntlich durch den Abg. Parisius-Gräben vertreten. Hr. Parisius hatte nun zu seinen gewählten Wählern einen Rechen-schicksalsbericht zugefagt. Die Wahl-Comités der drei Kreise sind jedoch dahin übereingekommen, Ange-sichts der weiten Reise Hr. Parisius diesen Bericht zu erlassen und auch ohne diese persönliche Vorstellung mit allen Kräften für die Wiederwahl des Herrn Parisius zu wirken.

* Bromberg, 2. Novbr. Cardinal Ledochowski überschwenkt jetzt von Rom aus die Geistlichen seiner ehemaligen Diöcese mit gedruckten Ermahnungs-briefen. Die „Bromb. Ztg.“ theilt den Wortlaut einer solchen, fast zwei Druckspalten langen Epistel, die ihr von einem Geistlichen aus der Provinz Posen zugegangen ist, mit. In derselben heißt es: „Ihr dientet bisher, hochwürdigste Brüder, treu und lobenswerth, bestrahlt Euch in der Zukunft je länger je besser zu dienen. Der große himmlische Verwalter nahm jetzt alle Körner auf das Sieb und reinigte das Getreide, um zu trennen die Spreu von dem Weizen. Möge seine Barmherzigkeit bewirken, daß unter uns keine Spreu sich mehr befinde und daß die andauernde Verfolgung, die Furcht vor der unsicheren Zukunft, die verlodenden Verheißungen und die falschen Verheißungen der Mächtigen dieser Welt und schließlich die den Menschen angeborene Unbeständigkeit Niemanden mehr irre machen und Niemanden mehr abziehen.“ Im Weiteren macht der Erzbischof dann seinen Pfarrern und Caplänen folgende Verhaltung: „Im Allgemeinen möge Niemand die Verwicklungen des hiesigen Augenblicks benutzen und auf die Strafflosigkeit rechnen, und nicht sich so verhalten, wie er nicht gewagt haben würde, in Zeiten des Friedens sich so zu verhalten. Alle Vorschriften des kanonischen Rechts bewahren ihre Geltung. Nur das wirkliche Unvermögen ist im Stande, Euch von der Beobachtung der Kirchenvorschriften zu befreien; so z. B. ereignet sich jetzt schon bei uns die Unmöglichkeit, rechtzeitig die heiligen Oele zu erneuern, überall die viermalige heilige Beichte vor der Zulassung der Kinder zur heiligen Communion zu beobachten und ähnliche Vorfälle.“ Der geistliche Vertrauensmann der „Bromb. Ztg.“ meint schließlich: ob es denn kein Mittel gebe, den Clerus vor der Ueberfluthung mit derartigen langweiligen Episteln zu schützen?

Zuschriften an die Redaction.

Nachdem Sie meine gestrige Berichtigung wiederum in einer Weise beleuchtet haben, als ob meine Behauptung un-wahr sei, benachrichtige ich Sie, daß in der bezeichneten Wählerverammlung Herr Kaufmann Jonas die mir unterstobenen Worte geäußert hat. Sie sehen hieraus, wie wenig Vertrauen Ihr Berichtsfasser verdient, welcher sogar Hände und Kopf einer andern Person als mir angeborend bezeichnete. Ich erwarte die Aufnahme dieser Erklärung, weil ich mich durch Ihre Aeußerung „auf weiteren Disput verzichten zu müssen“ Ihrerseits nicht abfertigen lassen will. A. Helm.

Ich habe in der Bürgerverammlung vom 30. Octbr. nicht gesagt, ich wäre in einer früheren Wählerver-sammlung und auch später verböht worden, ich habe viel-mehr nur einzig und allein folgende Anträge gestellt:

1) Wählen die Wähler der 3. Abtheilung ihre Can-didaten allein oder wählen die Wähler der 1. und 2. Abtheilung mit, denn könnte es so geben wie vor mehreren Jahren das die Wähler der 3. Abtheilung durch die Wähler der 1. und 2. Abtheilung verböht worden.

2) Kann die Stadtverordneten-Wahl welche den 3. November beginnt dadurch angefochten werden weil die Wähler noch nicht im Besitz der Wahlzettel der zur Legitimation bei der Wahl dient und welcher nach meiner Meinung jeden Wähler 14 Tage vor dem Wahltermine zugestellt werden müßte es würde denn nicht allein jeder Wähler mit Bestimmtheit wissen zu wacher Abtheilung er gehört, sondern würde auch bei den Wahlagitationen Theil nehmen können.

G. Wahl, Hädergasse No. 41.

Anmerkung der Redaction. Es wird immer besser, denn nun scheint es fast, als wollten die in der bewußten Wähler-Versammlung aufgetretenen Reformer der städtischen Verwaltung das Ansehen ihrer verschiedenen Auslassungen systematisch betreiben. Um unsere Leser möglichst davor zu schützen, daß sie auch in dieser Sache wieder mit neuen Reclamationen heimgesucht werden, haben wir uns schon entschlossen müssen, die vorstehende Zuschrift ihrem sachlichen Inhalt nach buchstäblich so abzudrucken, wie sie uns zugegangen. Auch dieser Herr Einsender hat darin Recht, daß er dem wesentlichen Inhalt nach in der Wähler-Versammlung vom 30. October die beiden Fragen aufgeworfen, die ihm dann der Vorstehende, so weit er augen-blicklich dazu im Stande war, beantwortete. Es ist aber nicht richtig, daß Einsender gesagt hat, die Wähler der 3. Abtheilung seien durch die Wähler der 1. und 2. Abtheilung verböht worden.

sondern Hr. B. hat gesagt, er sei „durch gewisse Persönlichkeiten, die heute auch wieder hier sind“, verführt worden. Es war unser Bericht-erfasser ihnen Augenblick zweifelhaft, worauf sich diese Anspielung bezog. In einer zu gleichem Zwecke vor vier Jahren stattgehabten Wähler-Versammlung war nämlich der Zweifel erhoben worden, ob Hr. Bahl damals zur zweiten oder dritten Abtheilung gehörte. Auf die bezügliche Frage hatte Hr. B. verneint, er sei Wähler der dritten Abtheilung. Gleich darauf entspann sich in der „Danz. Ztg.“ zwischen einem Herrn, der den Namen des Hrn. B. in der amtlichen Wählerliste der zweiten Abtheilung entdeckt hatte, und Hrn. B. ein kleiner Insuperatentriegel unter dem beiderseitigen Gelächere: „Wie nennt man das?“ Freilich war der damalige Gegner des Hrn. B. in der diesmaligen Versammlung nicht anwesend, da ihn längst die kühle Erde deckt, wohl aber derjenige, welchen er nach einem Wortspiel in seinen früheren Annoncen irrtümlich für jenen Liebhaber hielt. Wir dürfen uns füglich darauf beschränken, an diesen Zwischenfall zu erinnern; seinen Verstand wird sich danach jeder selbst machen können. Im Uebrigen aber erklärt die Redaction die ungenauigkeit des Faksimile in dieser Angelegenheit von ihrer Seite nunmehr definitiv abgeschlossen.

Vermischtes.

Bosen, 2. November. Die Vorstellungen im Interims-Stadttheater sind gestern nach etwa zweiwöchentlicher Dauer wieder geschlossen und sämtliche Mitglieder entlassen worden. Theaterdirector Remath hat die Direction aufgegeben und verläßt in den nächsten Tagen unsere Stadt. Mit der Frau Theaterdirector Schöfer schweben gegenwärtig Unterhandlungen wegen Übernahme des Theaters.

Richard Wagner fühlt sich, wie einem Privatbriefe zu entnehmen, seit mehreren Wochen nicht ganz wohl. Er will gegenwärtig in Sorrent im Hotel „Vittoria“. Die riesige Anstrengung des Sommers ist selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf den sonst stählernen Organismus des Meisters geblieben. Nach ärztlichem Rath und auf eigene Einsicht hin enthält er sich jeder Arbeit.

Anton Rubinstein, der Componist der „Macabier“, hat eine neue Oper: „Nero“ fertig, die im Januar im Stadttheater zu Hamburg zur Auf-führung kommen soll.

Wien. Am 30. October feierte Adolf Sonnen-thal sein 25jähriges Künstler-Jubiläum. In der Zu-rückgezogenheit seines Heims, ohne demonstrative Fest-feier, beging er den Tag, an dem er vor fünf und zwanzig Jahren zum ersten Male — in Temesvar als Bühnen-im „Glück der Nothrede“ vor die Rampe trat. Seit 1854, also seit 23 Jahren, gehört er dem Burg-theater an, als einer der talentvollsten Darsteller, als Pieder und Stütze des Repertoires, als Liebling des Publikums. Sonnenthal ist kein sogenanntes Theater-kind. Als einfacher Handwerker kam er auf der Wan-dererschaft nach Wien und wohnte im Burgtheater eine. Vorstellung von Otto Ludwig's „Erbfehler“ bei. Die Vorstellung ergriff ihn so sehr, daß er am nächsten Mor-gen seinen Glaubensgenossen Davison aufsuchte und um Rath bat. Davison fand Gefallen an dem hübs-chen Jungen und wirkte ihm von Laube die Erlaub-niß, als Statist im Burgtheater „mitzuwirken“ zu dürfen. Später empfahl er ihn an Kreibitz nach Temesvar und dort verbündete sich der ehemalige Handwerksbursche die ersten theatralischen Sporen. Später fand er in Graz und Königsberg Engagement und 1856 kam er nach Wien und debütierte am 18. Mai 1856 als Mortimer im Burgtheater. Nach der zweiten Rolle im „geheimen Agenten“ wurde er von Laube engagiert. Sonnenthal hatte in seiner Jugend nur spärliche Früchte vom Baume der Bildung genossen, und was er gelernt, hat er als Autodidact sich zu eigen gemacht, und er darf heute wohl mit Stolz auf die Wandlung blicken, wie aus dem einfachen Schneidergesellen sich nach und nach der erste deutsche Künstler, der feingebildete Regisseur der ersten deutschen Bühne entwickelt hat.

Gamburg, 2. Nov. Die Weinlese naht ihrem Ende. Zum Glück ist die Witterung sich hierhin günstig geblieben. In der Quantität haben sich die meisten Winger überhäuft. Manches vorgeleseene Faß bleibt leer. Durchschnittlich wird nur ein Drittel des Quantums vorigen Jahres erzielt. Der Most wiegt 85—90 Grad Deßle, wird sonach einen guten Mittel-wein geben. Trotzdem zeigt sich bis jetzt noch keine Kaufkraft und zögert Jeder mit Feststellung eines Preises.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 2. Novbr. [Productenmarkt.] Weizen loco still, auf Termine rubig. — Roggen loco und auf Termine fest. — Weizen November-December 126 1/2 1000 Kilo 204 Br., 203 Gd., 7c April-Mai 126 1/2 216 Br., 215 Gd., — Roggen November-December 1000 Kilo 153 Br., 152 Gd., 7c April-Mai 163 Br., 162 Gd., — Hafer rubig. — Gerste fest. — Rübsen still, loco 73, 7c Mai 7c 200 1/2

Die Börse eröffnete in zuwartender Haltung mit etwas schwächeren Courfen. Die Erlebigung großer Abschlüsse von gestern auf heute mit Rücksicht — namentlich in Oesterreichischen Credit — wirkte indeß bald antirend. Als dann noch gegen 1 1/2 Uhr die Havas'sche Meldung nach hier gelangte, daß der Waffenstillstand abgeschlossen sei, gab die Börse ihre Reserve mehr und mehr auf. Geld war flüssiger, die Disconto-Rate beziffert sich auf 3 1/2 p. Von den internationalen Speculationspapieren gingen Oesterreichische

Deutsche Fonds.		Hypotheken-Pfandbr.		
Consolidirte Ant.	14 103,50	Ant. Pf. Pr. g.-St.	5 100,50	do. Pr.
Br. Staats-Anl.	4 96,90	Rob. Gr. g.-Pf. d.	5 102,60	Ruß. g.
Staats-Schuld.	3 92,90	Cent. Bd. Gr. g.-Pf. d.	5 105,50	Ruß. g.
Pr. Präm.-A. 1855	3 135	do. do.	4 97,80	Ruß. g.
Landh. g.-Pf. d.	4 95	Ründ. do.	4 100,10	Pol. g.
Ostpreu. Pf. d.	3 91	Danz. Hyp.-Pf. d.	1 107,90	do. St.
do. do.	4 93,90	Goth. Präm.-A.	5	Amerit
do. do.	4 101	Bomm. Hyp.-Pf. d.		do.
Bomm. Pfandbr.	3 82,90	II. u. IV. Cmt. g.	5 .01	do. do.
do. do.	4 94,40	III. Cmt. rj. 100	5 100	Kewyo
do. do.	4 101,90	Stett. Nat. Hyp.	5 101,25	do.
Preussische neue do.	4 84	Ausländische Fonds.		Italien
Westpreu. Pf. d.	3 82,50	Oester. Pap.-Rente	4 50,40	do. g.
do. do.	4 93,40	do. Silber-Rente	4 54	do. g.
do. do.	4 100,70	do. Loose 1854	4 91,30	Frankr.
do. II. Ser.	5 100	do. Gr. d. v. 1858	5 285,90	Naab-
do. neue	4 99,75	do. Loose v. 1860	5 95,60	Rumän.
do. do.	4 99	do. Loose v. 1864	5 246,50	Türk.
do. do. II. S.	4 100,70	Ungar. Gl. b.-An.	5 66	Türk.
Bomm. Rentenbr.	4 94,20	Ungarische Loose	5 135	Türk. C.
Preussische do.	4 95,25	do. Schatzanw. II.	6 76,50	
Preussische do.	4 94,60	Ruß.-Egl. Ant. 1832	5 81	Gien
Wed. Präm.-Ant.		do. do. Ant. 1859	3	
von 1867	4 116,40	do. do. Ant. 1862	3 81,50	
Bayer. Präm.-A.	4 119,25	do. do. von 1870	5	Nader
Braunsch. Pr.-A.	8 3,5	do. do. von 1871	5 81,50	Berziz
Rhin.-W. Pr.-A.	3 107	do. do. von 1872	5 81,50	Berlin
Ömbg.-St. Loose	3 172,90	do. do. von 1873	5 76,40	Berlin
Sächs. Pr.-Ant.	3 170	do. Conf. Obl. 1873.	4 75	Berlin
Dän. B. Loose	3 134,50	Ruß. Stiegl. 5. Ant.	5 86	Berlin
		do. Stiegl. 6. Ant.	5	do.

